

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro des Bürgermeisters	Datum: 10.03.2022	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 1.2.1	Bezeichnung der Vorlage: Liste der offenen Anträge HFA (Stand: 29.03.2022)		Datum: 17.03.2022
Vorlage-Nr: VO/0072/22			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	29.03.2022	Haupt- und Finanzausschuss (HFA)	

Sachverhalt:

Liste der offenen Anträge nach § 2 der Geschäftsordnung

Die aktuelle Liste der offenen Anträge nach § 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse sowie der Bürgeranträge, die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschuss fallen, ist der Vorlage beigelegt (Anlage 1).

Neue Anträge der Fraktionen und Bürgeranträge

Die neu eingegangenen Anträge der Fraktionen (hier: Fraktion DIE LINKE – Katzenschutzverordnung) ist der Vorlage vorab zur Kenntnis beigelegt. Für eine der nächsten Ausschusssitzungen wird eine entsprechende Vorlagen vorbereitet.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

Anlagen:

- Liste der offenen Anträge (Stand: 29.03.2022)
- Antrag der Fraktion Die Linke / Katzenschutzverordnung

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
Gez. Lambertz FBL BBM

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

Fraktion DIE LINKE.
im Rat der Stadt Wegberg
Bahnhofstraße 30-32
41844 Wegberg

Bürgermeister
Michael Stock
Rathausplatz 25
41844 Wegberg

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Wegberg, den 10. Februar 2022

Katzenschutzverordnung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wegberg beantragen wir, die Verwaltung zu beauftragen,

eine Katzenschutzverordnung mit Kennzeichnungs-, Registrier- und Kastrationspflicht für alle Katzen zu erstellen und umzusetzen.

Begründung: Minimierung von Tierleid, Entlastung von Tierschutzorganisationen

Die Tierschutzorganisation PETA beklagt seit Langem, dass im Frühjahr und in den Sommermonaten viele deutsche Tierheime und Katzenschutzvereine hoffnungslos überfüllt sind. Zahlreiche Einrichtungen müssen Aufnahmestopps verhängen, weil sie personell ausgelastet sind und über keine räumlichen Kapazitäten verfügen, um weitere Tiere unterzubringen. Die Population der heimatlosen Katzen steigt unterdessen täglich weiter an. Schätzungsweise zwei Millionen Katzen streifen durch Deutschlands Parks, Parkhäuser, Hinterhöfe und Gartenanlagen – doch die domestizierten Tiere sind für ein Leben in der Natur nicht gerüstet und sterben ohne menschliche Fürsorge frühzeitig und oftmals qualvoll. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Katzen verstärkten Schutz durch Menschen benötigen und auch Katzenhalter in die Verantwortung genommen werden müssen.

PETA akzentuiert, dass eine einzige unkastrierte Streuerkatze in nur sieben Jahren rein rechnerisch um die 370.000 Nachkommen zeugen kann. Verwilderte, frei lebende Katzen sind aufgrund ihrer schweren Lebensbedingungen anfälliger für Krankheiten. Und da sie in der Regel nicht geimpft sind, können sich Katzensuche, Katzenschnupfen etc. ungehindert verbreiten. Dies führt zu unendlichen Qualen für die infizierten Katzen, die ohne Behandlung oft elendig zugrunde gehen, und die Krankheiten überdies weiter verbreiten, wodurch auch Freigängerkatzen mit festem Zuhause gefährdet sind.

Eine Kastrationspflicht für alle freilaufenden Hauskatzen könnte die Situation verbessern – sowohl für Freigänger mit festem Wohnsitz als auch für Streuner. Denn sind alle Katzen, die ein Zuhause haben, kastriert, können sie sich bei ihren Ausflügen nicht mit Streuerkatzen oder anderen freilaufenden Katzen paaren, sodass es seltener zu unerwünschtem Nachwuchs kommt. Bleibt die Größe der bestehenden Streuerkatzenpopulation so stabil, können sich Tierschutzorganisationen, Katzenpflegestellen und andere Helfer besser um sie kümmern.

In Regionen, in denen zu viele streunende Katzen herumlaufen, können Länder und Kommunen eine Kastrationspflicht einführen. Ungesicherter Freigang für fortpflanzungsträchtige Katzen kann von den jeweiligen Behörden eingeschränkt und/oder verboten werden. Dass die Notwendigkeit hierfür in Wegberg offenkundig gegeben ist, belegt ein Schreiben des Tierrefugiums in Rath-Anhoven. Auf der Internetseite heißt es dort: „Südländische Verhältnisse mittlerweile auch bei uns!“ Und weiter: „Wir können gar nicht genug Helfer sein, die sich um die Betreuung und Kastration der verwilderten Hauskatzen kümmern.“ Weitere Argumente für eine Kastrationspflicht werden aufgeführt: <https://tier-refugium.de/kastrationen/streuerkatzen>".

Der Deutsche Tierschutzverband hat auf seiner Internetseite aufgelistet, welche Gemeinden bereits eine Katzenschutzverordnung mit Kastrationspflicht eingeführt haben. Im Januar 2022 waren das bereits über 1000 Städte und Gemeinden in Deutschland, u.a. Aldenhoven, Datteln, Jüchen, Niederkrüchten, Willich und Würselen.

Im Anhang befindet sich ein Entwurf für den Erlass einer Verordnung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Tobias Becker', with a stylized flourish at the end.

Tobias Becker
Fraktionsvorsitzender

Liste der offenen Anträge der Fraktionen in der Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses (Stand: HFA 29.03.2022)

In der Rubrik "Status" sind folgende Bezeichnungen gewählt:

"offen": Der Antrag ist noch nicht bearbeitet.

"In Bearbeitung": Die Verwaltung hat bereits mit der Bearbeitung des Antrages begonnen. Es liegt aber noch kein Ergebnis vor.

"Erledigt": Der Antrag wurde in einer Ausschuss- beziehungsweise Ratssitzung beraten und entschieden.

Lfd. Nr.	Datum des Antrages	Fraktion	Antrag	Zuständiger Fachbereich	Bearbeitungsstand	Status
1	17.04.2014	FDP	Bürgerbeteiligungssatzung	Büro des Bürgermeisters	Der Rat hat den Antrag an den HFA verwiesen mit dem Auftrag einen Satzungsentwurf vorzubereiten. Der Ausschuss hat in der Sitzung am 23.05.2017 entschieden, dass sich die Stadt für das Projekt "Zukunftsfaktor Bürgerengagement" bewirbt. Mit E-Mail vom 03.07.2017 wurde die Verwaltung darüber informiert, dass die Stadt Wegberg eine von 10 Kommunen ist, die an dem Projekt teilnehmen können. Start der 14 Sitzungen der Entwicklungswerkstatt ist der 16.10.2017 in Bonn. Die Veranstaltung endet im Dezember 2018. Für den 15.05.2019 hatte die Verwaltung zu einem Treffen von Ehrenamtlern unter Beteiligung von Mitgliedern der Fraktionen eingeladen, um u.a. dieses Thema zu besprechen und Umsetzungsmöglichkeiten zu erörtern. Aufgrund der weiteren Themen mit Ehrenamtler an diesem Abend konnte der Punkt aus Zeitgründen nicht diskutiert werden. Die Verwaltung wird die Ideen und Anregungen in einem weiteren Treffen nach Ende der Kontaktbeschränkungen besprechen.	In Bearbeitung
2	27.10.2014	CDU	Finanzierung der Pensionslasten	Zentrale Verwaltungssteuerung	Der Rat hat den Antrag an den HFA verwiesen. In die Sitzung des Rates vom 12.05.2016 wurde hierzu eine Sitzungsvorlage eingebracht (TOP 11). In der Sitzung des HFA vom 01.12.2015 wurde seitens der CDU geäußert, dass der Antrag noch nicht erledigt sei. Durch den Bürgermeister wurde eine erneute Prüfung zu gesichert (TOP 1.3.1). Die Verwaltung wird die Thematik in Abhängigkeit der weiteren finanziellen und rechtlichen Entwicklung eng begleiten.	Aufgrund der Finanzlage kommt eine Zuführung zum Pensionsfond momentan aus zinspolitischen Gründen nicht in Betracht
3	21.01.2015	CDU	Übersicht über die aktuell erbrachten Pflichtaufgaben und die sog. Freiwilligen Leistungen der Verwaltung	Zentrale Verwaltungssteuerung und Finanzwirtschaft; Finanzwirtschaft als Federführung i.V.m. Antrag der CDU vom 12.09.2016	Der Rat hat den Antrag an den HFA verwiesen. Hierzu wurde in die Ratssitzung vom 14.12.2015 eine Beratungsvorlage zum weiteren Vorgehen eingebracht (TOP 9).	Eine Differenzierung der freiwilligen und pflichtigen Leistungen wird sich in den kommenden Wochen bei der Ermittlung von Konsolidierungsbeiträgen ergeben
4	26.04.2016	CDU	Steigerung des Bürgerengagements	Büro des Bürgermeisters	Vorlage im HFA am 21.03.2017; Wird im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligungssatzung bearbeitet (siehe Punkt 1). Der Ausschuss hat in der Sitzung am 23.05.2017 entschieden, dass sich die Stadt für das Projekt "Zukunftsfaktor Bürgerengagement" bewirbt. Mit E-Mail vom 03.07.2017 wurde die Verwaltung darüber informiert, dass die Stadt Wegberg eine von 10 Kommunen ist, die an dem Projekt teilnehmen können. Start der 14 Sitzungen der Entwicklungswerkstatt ist der 16.10.2017 in Bonn. Die Veranstaltung endet im Dezember 2018. Die Veranstaltung endet im Dezember 2018. Die Verwaltung hat am 05.11.2018 zum Thema Bürgerbeiligung und Ehrenamt eine Informationsveranstaltung für Multiplikatoren und Arbeitskreise durchgeführt. Für den 15.05.2019 hatte die Verwaltung zu einem weiteren Treffen von Ehrenamtlern und Mitgliedern der Fraktionen eingeladen, um dieses Thema zu besprechen. Die Verwaltung erstellte für den HFA am 06.06.2019 einen Zwischenbericht. Ein neues Treffen ist nach Ende der Kontaktbeschränkungen vorgesehen.	In Bearbeitung
5	12.09.2016	CDU	Produktuntersuchung-freiwillige Leistungen	Finanzwirtschaft	Verweis vom Rat an den HFA. Die Federführung übernimmt die Finanzwirtschaft.	In Bearbeitung
6	26.10.2021	CDU	Zielgerichtete Haushaltsplanung	Finanzwirtschaft		Das Thema der Zielausrichtung wird in den kommenden Wochen aufgegriffen und bei der Erarbeitung des Doppelhaushaltes berücksichtigt
7	26.10.2021	CDU	Verbindliche Zeitschiene Jahresabschluss und	Finanzwirtschaft	Der Antrag wird in der ersten HFA-Sitzung im 2022 behandelt / Siehe VO/0316/21-1	Eine Zeitschiene wird in der Sitzung am 29.03.2022 vorgelegt
8	10.02.2022	Die Linke	Katzenschutzverordnung	Bürgerservice und Sicherheit	Eine Vorlage wird hierzu für den nächsten HFA am 31.05.2022 erstellt werden	In Bearbeitung